

Materialien - November/Dezember 1920 - Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (Linke) - Pressemeldungen

10 Dokumente, 14 Seiten, Faksimile

Das Jahr 1920 über schwelte bereits der Richtungskampf in der österreichischen Sozialdemokratie. Auf Seiten der Linken waren die Hauptprotagonisten Josef Frey und Franz Rothe. Sommer/Herbst 1919 war die *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte* (SARA) gegründet worden, die in linker Opposition zur Linie der Parteiführung und ihrer Koalitionspolitik mit den Christlichsozialen stand. Ihr gehörten als prominenteste Exponent/inn/en neben Frey und Rothe auch Otto Leichter, dessen spätere Ehefrau Käthe Pick, Rudolf Goldscheid, Alexander Täubler, Ernst Fabri, Josef Benisch und Heinrich Ferencz an.

Problematisch war sicher, dass die SARA auch intern alles andere als einig auftrat. Da waren einmal die Differenzen zwischen Frey und Rothe, die sich u.a. um die Gestaltung der SARA-Zeitschrift *Der Arbeiterrat* drehten. Dies führte dazu, dass Rothe Sommer 1920 aus der SARA ausgeschlossen wurde. Rothe, Josef Benisch u.a. gruppierten sich nun um die neu gegründete Zeitschrift *Der revolutionäre Sozialdemokrat* und versuchten, die Führung des Vereins *Karl Liebknecht* an sich zu bringen. Damit war die sozialdemokratische Linke in zwei feindliche Fraktionen gespalten.

Der Streit kulminierte in der Frage der Wahlempfehlung für die Nationalratswahlen, die am 17. Oktober 1920 abgehalten werden sollten. Nachdem die Kommunistische Partei Deutschösterreichs aufgrund von Interventionen - nicht zuletzt von Lenin selbst - plötzlich ohne seriöse Vorbereitung die Wahlteilnahme beschlossen hatte, drückte sich dies in unterschiedlichen Wahlempfehlungen aus (wie dies auch schon vor der KP-Teilnahme an den Wahlen der Fall gewesen war): Die Gruppe um Rothe wollte nun die SP nicht verlassen und diese für den Kommunismus gewinnen, während die Gruppe um Frey die Parole ausgab, nur Sozialdemokrat/inn/en zu wählen, die sich offen und ehrlich gegen die Koalition und für die Arbeiterräte aussprechen würden. Anstelle von Vertreter/inne/n der Koalitionsolitik sollte Kommunist/inn/en die Stimme gegeben werden.

Aber die Parteiführung war nun hellhörig geworden: Schon bei der Wiener Vertrauensmännerversammlung am 14. September 1920 wurden sowohl Frey als auch Rothe in einer Resolution scharf mit 1.500 gegen 15 Stimmen verurteilt.

Am Parteitag Anfang November 1920 kulminierten die Kämpfe in der Partei. Der Parteitag wurde zu einer Abrechnung mit Frey und Rothe - taktisch nicht ungeschickt überließ die Parteiführung die Angriffe Friedrich Adler mit seinem Referat *Die Partei, die Arbeiterräte und die Internationale*, die (vorsichtig formulierte) Wiederöffnung der Partei für eine Koalition mit den Christlichsozialen wurde Otto Bauer überlassen.

Zwar wurde in einer Kampfabstimmung (die mit 129 gegen 167 für die sozialdemokratische Parteitagsregie unerwartet knapp ausfiel) Frey und Rothe die Gelegenheit gegeben, ihre Positionen vor dem Parteitag darzulegen. Aber das änderte nichts mehr Grundlegendes: Mit nur wenigen Enthaltungen wurde eine Resolution verabschiedet, die bis zu den Arbeiterratswahlen am 14.11.1920 von den Mitgliedern der *Arbeitsgemeinschaften*, also der SARA und der Gruppe um den *revolutionären Sozialdemokrat*, verlangte, unmissverständlich zu erklären, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der Partei stehen würden.

Die *Arbeiter-Zeitung* vom 12. November 1920 gab nun den Ton vor: „Der Parteitag hat einstimmig beschlossen, dass die Zugehörigkeit zu den beiden ‚Arbeitsgemeinschaften‘, die von Rothe und Frey begründet und geleitet worden sind, mit der Zugehörigkeit zu unserer Partei

unvereinbar sei. Die Arbeiter, die bisher den beiden ‚Arbeitsgemeinschaften‘ angehört haben, müssen sich also entscheiden. Sie haben zu wählen: auf der einen Seite die Frey und Rothe, auf der anderen die ganze große geschlossene Masse der Sozialdemokratie!

Die ‚Arbeitsgemeinschaften‘ waren nur kleine Gruppen. Die Zahl ihrer Anhänger war nie groß. Und sie ist schon vor dem Parteitag zusammengeschrumpft. Es sind also nicht viele Arbeiter, die der Beschluss des Parteitages vor die Entscheidung stellt. Aber uns tut es weh, wenn sich auch nur ein klassenbewusster Arbeiter von dem großen Heere des organisierten Proletariats trennt. Wir halten auch die kleinste Absplitterung für ein Unheil. Denn die Einheit und Einigkeit ist die Quelle aller Macht, die Voraussetzung jedes Sieges der Arbeiterklasse. Darum wollen mir es nicht unterlassen, zu den Genossen, die der Beschluss des Parteitages vor eine für manche vielleicht nicht leichte Wahl stellt, ein paar Worte zu sprechen.

Was hat euch, Genossen, zu der ‚Arbeitsgemeinschaften‘ geführt? Die meisten wohl die Unzufriedenheit mit der Koalition. [...] Wir wissen es: manche von euch, Genossen, urteilen über den Bolschewismus, über die Dritte Internationale, über die Fragen der Diktatur anders als die überwiegende Mehrheit von uns. Aber deshalb müsst ihr euch nicht von uns trennen: Ihr könnt innerhalb unserer Partei, innerhalb unserer Organisation für eure Ansichten werben und wirken. Ausdrücklich hat der Parteitag das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Partei, auf Opposition innerhalb der Partei festgestellt. Eure persönlichen Absichten sollen und werden sich auch innerhalb der Sozialdemokratie betätigen können!

Aber freilich, eine Grenze hat der Parteitag aller Freiheit innerhalb der Partei gesetzt: im Kampfe gegen unsere Klassengegner, im Kampfes gegen die anderen Parteien müssen wir eine Einheit bilden, da muss jeder einzelne Disziplin halten. Diese Pflicht haben die Frey und Rothe grob verletzt, Frey hat mit aller Offenheit mitten im Wahlkampf die Arbeiter aufgefordert, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen; Rothe hat dieselbe Aufforderung mit zweideutigen Redewendungen verhüllt. Hand aufs Herz, Genossen: Erkennt ihr nicht selbst, dass solchen Disziplinbruch keine proletarische Partei ertragen kann? Musste der Parteitag da nicht endlich Ordnung schaffen?

Rothe hat auf seiner Reichskonferenz erklärt, die Arbeitsgemeinschaft sei ‚innerlich den Zielen nach vollständig mit der Kommunistischen Partei verbunden‘ und nur ‚rein formell und äußerlich‘ noch der Sozialdemokratie angeschlossen. Die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ soll nicht ‚heute schon‘ zur Kommunistischen Partei übergehen, sondern erst dann, ‚wenn wir zahlreiche Ortsgruppen besitzen werden‘. Das also war, nach Rothes eigenen Worten, die Absicht!

Unter sozialdemokratischer Maske wollten sie innerhalb unserer Partei eine Sonderorganisation bilden, um sie dann, wie Rothe das auf seiner Reichskonferenz selbst ausgedrückt hat, ‚der Kommunistischen Partei zuzuführen‘. Wir sind überzeugt, Genossen, dass die meisten von euch nicht gewusst haben, zu welchen Zwecken ihr missbraucht werden solltet, nicht geahnt haben, dass die Rothe und Frey euch dazu missbrauchen wollten, die Spaltung der Partei, die Zerklüftung der Arbeiterorganisationen vorzubereiten. Aber jetzt ist die Intrigue aufgedeckt! Nun könnt ihr nicht mehr zweifeln, was ihr zu tun habt!

Am 2. Juni, auf dem Reichskongress der Arbeiterräte, sprach Dr. Frey über das Verhältnis der ‚Arbeitsgemeinschaft‘ zur Sozialdemokratie. Er sagte damals: ‚Uns kettet an unsere Partei Herz, Verstand und Gewissen. Das Herz, weil wir bei allen Gegensätzlichkeiten, wenn wir noch so scharf einander in die Haare fahren, wenn wir einander noch so scharfe Worte und noch manches mehr sagen, niemals vergessen, dass der Boden, auf dem wir stehen, durch eine unendliche Arbeit derselben alten Parteigenossen geschaffen wurde, die wir vielleicht heute bekämpfen, deren Leistungen aber, ob es sich um die Gewerkschaften, ob es sich um die obersten Führer oder um die niedersten Vertrauensmänner handle, wir nie vergessen werden bei aller Gegensätzlichkeit.

Uns kettet aber an die Partei auch der Verstand. Selbst wenn wir der Ansicht wären, dass die Verhältnisse in unserer Partei unerträglich wären, müssten wir Narren, Wahnsinnige sein, in einer Zeit, wo sich ein Ungewitter zusammenbraut, Hand an diese Partei zu legen. Und noch aus einem zweiten Grunde sagt uns der Verstand, dass es ein Wahnwitz wäre. Ja, glauben Sie denn, eine Partei nur so aus dem Boden zu stampfen? Welche unendliche Arbeit würde da dem Kampfe selbst entgehen!

Aber auch das Gewissen kettet uns an unsere Partei. Es ist wahr, der innere Konflikt zehrt an unserem Innern und zerreißt oft die Nerven. Es geht wahrscheinlich den Genossen der Rechten ebenso. Solange wir aber die Möglichkeit haben, auf dem Boden unserer Partei für das, was wir gemäß unserem Programm für richtig halten, zu wirken, solange wir die Hoffnung haben, dass wir wirken können, und zwar mit Erfolg - und diese Möglichkeit und Hoffnung haben wir und der Verlauf dieser Tagung zeigt es Ihnen -, solange bleibt uns diese Partei heilig. ‘

So sprach vor einigen Wochen noch Dr. Frey! Der wankelmütige, von brennendem Ehrgeiz verleitete Mann, der schon seit dem März 1919 zwischen unserer und der Kommunistischen Partei schwankte, hat jetzt jenes feurige Bekenntnis zur Sozialdemokratie vergessen. Ihr aber, Genossen, seid, des sind wir gewiss, festere Charaktere. Ihr könnt die Bande des Herzens, des Verstandes und des Gewissens nicht zerreißen, die euch an die Partei ketten, in deren Reihen ihr so viele Jahre gearbeitet, gekämpft und gesiegt habt!“

Der Artikel zeigt hinter der sozialdemokratischen Fassade einiges klar auf: Dass die sozialdemokratische Opposition bisher aus *taktischen* Gründen die Sozialdemokratie nicht verließ - solange eben noch Hoffnung bestand, relevante Teile der SP für eine revolutionäre Organisierung außerhalb des Reformismus gewinnen zu können. Mit der Verschärfung des organisatorischen Reglements durch den Parteivorstand wurde dieser Arbeit, die heute wohl als *Entrismus* klassifiziert würde, aber nun der Boden entzogen. Die *Arbeiter-Zeitung* hatte wohl recht: *Die Arbeiter [...] haben zu wählen: auf der einen Seite die Frey und Rothe, auf der anderen die ganze große geschlossene Masse der Sozialdemokratie!*

Diesen Weg des offenen Bruchs mit der Sozialdemokratie gingen mit Frey und Rothe nur wenige mit. Im Ganzen sollen es, so Hans Hautmann in seiner *Geschichte der Rtebewegung* (S.646) 280 Anhänger/innen gewesen sein, die - unter Hintansetzung der bisherigen Meinungsverschiedenheiten - die Sozialdemokratie verließen und am 12. November 1920 die *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke)* gründeten.

Dass diese neue Partei nur ein Zwischenschritt sein konnte auf dem Weg zum Anschluss an die Dritte Internationale - und damit auch an die Kommunistische Partei Österreichs - das war Josef Frey wie den meisten damals wohl klar. Jänner 1921 folgte dann auch schon, nach einem enttäuschenden Abschneiden bei den Arbeiterkammerwahlen, der kollektive Beitritt zur KP.

Die folgenden Dokumente werfen einen Blick von außen auf die Gründungsphase der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke)*. 6 Dokumente stammen aus sozialdemokratischen Quellen, drei aus der *Roten Fahne*, dem KP-Zentralorgan. Ein weiteres ist ein interessantes internationales Dokument - es wurde dem *Vorwärts*, dem in Reichenberg/Liberec erscheinenden sozialdemokratischen Tagblatt, entnommen. Der *Vorwärts* ging etwa zeitgleich mit dem bertritt der sozialdemokratischen Linken - von der SARA über die *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke)* zur KP - einen ähnlichen Weg. 1921 wurde der *Vorwärts* dann zum täglich erscheinenden Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bzw. ihrer deutschsprachigen Sektionen.

Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (Linke) - Pressemeldungen

Nr.		Datum, Seite(n)	Seiten
	Sozialdemokratische Presse		
1	Volks-Zeitung: Sozialdemokratischer Parteitag	9.11.1920, S.1	1
2	Arbeiter-Zeitung: An die Arbeiter der „Arbeitsgemeinschaften“	12.11.1920, S.1-2	2
3	Gleichheit: Frey und Rothe gründen eine eigene Partei	19.11.1920, S.2	1
4	Gleichheit: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich	23.11.1920, S.2-3	2
5	Arbeiterwille: Wieder eine Spaltung!	30.11.1920, S.1	1
6	Volkswacht: Die Partei und die „Arbeitsgemeinschaften“	2.12.1920, S.2	1
	Internationale Presse		
7	Vorwärts (Reichenberg): Von der österreichischen Linken [beschädigt]	16.11.1920, S.1	1
	Kommunistische Presse (Die Rote Fahne)		
8	Die Rote Fahne: Der Hinauswurf der „Neuen Linken“	11.11.1920, S.1-2	2
9	Die Rote Fahne: Die Neue Linke gründet eine eigene Partei	14.11.1920, S.1-2	2
10	Die Rote Fahne: Das Ende einer Illusion	17.11.1920, S.3	1
			14

Volks-Zeitung

Redaktion,
Verwaltung und Sa-
seraten-Aufnahme:
Simebrud,
Mentlgasse Nr. 12.
Telephon: Redaktion 897,
Verwaltung u. Seraten 888.
Telegraphisch: 888.
Simebrud, Simebrud.
Serate nach Tarif.
Bei wiederholter Ein-
schaltung Ermäßigung.
Anzeigen nach An-
preis werden nicht zu-
rückgegeben.

Bezugpreise:
Durch die Austräger
in Innsbruck: monatl.
K 22.—, viertelj. K 66.—,
halbj. K 122.—, zum Ab-
holen in Innsbruck mo-
natlich K 20.—, W. S. W.
durch die Post: monatl.
K 23.—, viertelj. K 69.—,
halbj. K 128.—, Deut-
schland K 27.—, Ein-
zel-Nummer 1 Kr.

Sozialdemokratisches Tagblatt für Tirol

Sozialdemokratischer Parteitag.

Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Wien, 6. Nov. In seinen Ausführungen bemerkte Dr. Bauer, in Deutschösterreich habe es in der ganzen Zeit seit dem Zusammenbruche bis jetzt keinen Augenblick gegeben, in dem eine

Diktatur des Proletariats Deutschösterreichs möglich gewesen wäre. Wir hätten sie wohl jeden Tag proklamieren können, aber haltbar vor allem wirtschaftlich haltbar wäre die Alleinherrschaft des Proletariats in keinem Augenblick gewesen. In Besprechung der

Koalitionspolitik

führte Dr. Bauer aus, auch diese Politik sei zeitweilig notwendig, im Interesse des Proletariats. Man dürfe sich andererseits nicht darüber täuschen, daß es für eine sozialdemokratische Partei kein gefährlicheres Experiment geben könne, als eine solche Koalitionspolitik; durch diese allein sei aber doch das wichtigste Resultat, die Sicherung der Republik, möglich gewesen. Wir sehen, sagte Redner, auf dem Boden der bürgerlichen Republik; dies ist wohl nicht die Emanzipation des Proletariats, aber sie ist, um Marx zu zitieren, das günstigste Terrain für den Kampf um die Emanzipation des Proletariats. Die Aufgabe der Sozialdemokratie für die nächste Zeit wird vorerst sein, diese bürgerliche Republik

gegen reaktionäre und monarchistische Anschläge zu verteidigen, insbesondere auch gegen die Anschläge auf die neue Wehrmacht. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, den Kampf um die neue Wehrmacht selbst mit revolutionären Mitteln, mit dem Einsatz der ganzen Kraft des Proletariats zu führen. Dann erst müssen wir kämpfen für die sozialistische Republik. Das ist im wesentlichen eine Aufgabe, die am schnellsten geleistet wird durch eine kraftvolle Opposition der Sozialdemokratie gegen die Bourgeoisregierung der Republik.

Im Anschlusse an das Referat des Dr. Bauer über die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie wurde eine Resolution unterbreitet, in welcher erklärt wird, die Republik könne auch in Deutschösterreich nur eine bürgerliche Republik sein, solange in Mitteleuropa die kapitalistische Produktionsweise fortbesteht. In ihrer Stellung habe die Sozialdemokratie die Aufgabe, die Republik gegen alle Anschläge der monarchistischen Reaktion zu verteidigen und der Bourgeoisrepublik gegenüber den Kampf um die sozialistische Republik zu organisieren und vorzubereiten. Der Parteitag billigt den Austritt der sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre aus der Regierung und den Beschluß des sozialdemokratischen Verbandes, jede Verhandlung über die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsbildung abzulehnen. In der Stellung der Opposition bleibt das Ziel der Sozialdemokratie in der auswärtigen Politik der Anschluß an Deutschland. Die Restauration der Habsburger in Ungarn ist als eine Bedrohung der Selbstständigkeit und der Republik Deutschösterreich zu betrachten. Zur Abwehr dieser Gefahr muß Deutschösterreich mit den anderen Nachfolgestaaten zusammenwirken. Die Erwerbung des Burgenlandes ist im Interesse der Sicherung der deutschösterreichischen Republik gegen ihre ständige Bedrohung durch die monarchistische Konterrevolution anzustreben.

Bezüglich des Heerwesens wird der Ausbau der republikanischen Wehrmacht, Sicherung der Wehrmannschaft und der Soldatenräte verlangt. Die Resolution spricht sich gegen die Ver-

größerung der Stände der Polizei und der Gendarmerie auf Kosten der Wehrmacht aus, erklärt jeden Angriff auf die republikanische Wehrmacht als Anschlag auf die Republik, der erforderlichenfalls auch mit revolutionären Mitteln abgewehrt werden muß, auch wenn sich die der republikanischen Wehrmacht feindlichen Bestrebungen der heimischen Reaktion hinter den Forderungen der Entente zu decken versuchen. Dem Drängen der Entente nach der vollständigen Entwaflnung Deutschösterreichs ist, solange nicht auch Ungarn entwaflnet wird, scharf Widerstand entgegenzusetzen, ebenso der Schaffung und Bewaffnung reaktionärer Heimwehren, insbesondere der mit der Orgefa in Verbindung stehenden Wehren.

Der Antrag des gewesenen Berliner Gesandten Hartmann, worin die Parteileitung beauftragt wird, ein Volksbegehren wegen des Anschlusses an Deutschland in die Wege zu leiten, wurde dem Parteivorstande zugewiesen.

Friedrich Adler referierte darauf über den Punkt:

Die Partei, die Arbeiterräte und die Internationale.

Bezüglich der Internationale beantragt er eine Resolution, worin der Parteitag an dem Standpunkte festhält, daß weder der Brüsseler, noch der Moskauer Versuch Aussicht bietet, die Vereinigung der Proletarier aller Länder zu verwirklichen. Der Parteitag begrüßt die Einladungen zu einer Konferenz, die unabhängig von einander von der U.S.P. Deutschlands, von der Schweizerischen Sozialdemokratie und von der I.S.P. Englands ergangen sind, einer Konferenz, an der sich alle Parteien, die ebenso wie die österreichische, weder der Zweiten noch der Dritten Internationale angehören, beteiligen sollen. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, diese Konferenz zu beschicken und dahin zu wirken, daß die verschiedenen Konferenzpunkte vereinheltlich werden. Der Parteitag würde es auf das Wichtigste begrüßen, wenn Wien als Konferenzort gewählt werden könnte. Der Parteitag erwartet von der Konferenz nicht, daß sie eine neue, eine vierte Internationale gründe, sondern daß sie über Mittel und Wege berate, nach welchen Methoden der Aufbau einer Weltorganisation der Arbeiterklasse möglich ist, in der die Massen der Klassenbewußten Proletarier aller Länder vereinigt sind.

Die Schlußfassung.

Wien, 7. Nov. In der heutigen Schlußfassung des sozialdemokratischen Parteitages begründete Dr. Friedrich Adler seine Resolution, worin die Sonderaktion der Redakteure der „Arbeiterzeitung“ Dr. Frey und Rothé scharf beurteilt wird. Adler erklärte, daß sich die Sozialdemokratie gegen die Methode der Intrigen wehren und Expositionen der kommunistischen Partei innerhalb der Sozialdemokratie keineswegs gefallen lassen werde. Die von Frey ausgegebene Wahlparole, dort, wo einem das sozialdemokratische Programm nicht passe, kommunistisch zu wählen, würde genügen, seine Ausschließung zu verlangen. In der Frage der internationalen Organisation des Proletariats betonte Redner: Wir gehören weder der zweiten, noch der dritten Internationale an; wir wollen eine neue aufbauen, die Arbeiterorganisationen aller Länder umfassen soll, die ohne Unterschied der sonstigen Schattierung auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Anregungen hiezu liegen aus Deutschland, England und der Schweiz vor, wonach Anfangs Dezember eine vorbereitende Konferenz in Bern zusammenzutreten soll.

Redakteur Rothé erklärte zu seiner Rechtfertigung, daß er in keiner Verbindung mit der

kommunistischen Partei stehe, und behauptete, durch die heutigen Beschlüsse soll die Linke hinausgeschleht werden.

Redakteur Frey gibt zu, daß sein Vorgehen ein Disziplinbruch gewesen sei, aber seinen Zweck erreicht habe. Die Koalition sei wenigstens für den Augenblick dahin. Sein Wahlauftrag sei ein Aufruf gegen die Koalitionspolitik gewesen. Redner meint, wir gehen den schwersten Entscheidungen entgegen. Die neue, unverträgliche Trennungswelle auf der einen Seite und die bis auf die Nähe bewaffnete Reaktion auf der anderen Seite werden zu einer neuen Revolution führen. Auf dem Parteitag sei aber kein Wort über die proletarische Diktatur und über die konkreten Ziele der Arbeiterklasse bei der bevorstehenden Revolution verloren worden. Dies sei der Beweis, daß die Sozialdemokratie eine Revolution ablehne. Die Resolution Bauer bedeute ein Abschwächen von der Bahn des Reformismus und die Ablehnung der dritten Internationale.

Dr. Bauer entgegnete, was uns von den Kommunisten trennt, das ist der Glaube, es gebe nur eine russische Methode für die proletarische Revolution. Jede historische Situation müsse vielmehr mit allen zweckmäßigen Mitteln ausgenutzt werden. Die neu zu gründende Internationale will jene zusammenfassen, welche das marxistische Zentrum der Bewegung bilden und entfernen sich von der zweiten Internationale, aber auch von der dritten Internationale.

Hierauf wurde die Resolution Adler einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, welcher Frey und Rothé das Recht abspricht, Redakteure der „Arbeiterzeitung“ zu sein; da letzterer die Konsequenzen nicht zieht, habe der Parteivorstand seine Kündigung zu veranlassen.

Reichstagsabg. Henke begrüßte namens der unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands den Parteitag in längerer Ansprache, worin er ausführte, der Beschluß des Parteitages, sich der dritten Internationale nicht anzuschließen, werde für die angeregte Konferenz vorbildlich sein. Prof. sehen uns und Moskau kauft ein Abzund, bei nicht überbrückt, sondern nur ausgelämpft werden kann.

Es folgt sodann die Wahl der Parteileitung, in welche gewählt wurden: Friedrich Adler, Kusterlik, Bauer, David, Ebersch, Menbogen, Weidweid, Rapp, Renner, Reumann, Seiz, Starob und Tomtschil.

Präsident Seiz gab in seiner Schlußansprache den Gefühlen der Sehnsucht nach Vereinigung mit den Partnern im Reich Ausdruck, worauf der Parteitag mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale geschlossen wurde.

Druckerei, Veranlagung und
Anzeige-Entwurf:
V. Reich Wienzeile 97.
Gedruckte und kleinerer Anzeiger:
L. Schulerstraße 13.
Abonnement-Verhandlungen
in der Verwaltung, V. Reich Wienzeile 97,
und in den Hauptstellen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Baumgasse 20, Tel. 4068
X. Dieboldgasse 8, Tel. 8244
XIV. Ringgasse 8, Tel. 83126
XVI. Raasdorf 56, Tel. 84138
XVII. Sandgasse 22, Tel. 11176
XXI. Marerstraße 14.
Anzeigenpreise:
Schwerdruck . . . 800
Leichtdruck . . . 600
Telegraphische Briefe:
Arbeiter-Zeitung Wien
Nachdruckgebühren:
Verwaltung u. Subskribenten: 1800
Reklamationsentw. . . 150-8
Zirkular-Blätter . . . 150-8
Einzelnummern . . . 4-10
Gros . . . 10-18
Klein . . . 12-45
Anzeigen übernehmen alle Verwaltungen
u. aus. und. d. d. Anzeigenbüro.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Für Wien:
Wochenblatt K 6-
Monatlich K 25-
Quartalsjährig K 75-
Für den Reichsgebiet:
Monatlich K 14-
Quartalsjährig K 42-
(Für die Reichs-Stadt Wien)
Für Bagollabien:
Monatlich 8 Dinars
Quartalsjährig 24 -
Für Polen:
Monatlich 80 poln. Mark
Quartalsjährig 240 -
Für Tschechien:
Quartalsjährig 30 -
Für Schottland und Irland:
Quartalsjährig 20 Pies
Für alle anderen dem Weltverkehr
ausgewählten Länder:
Quartalsjährig 20 -

S. 1

An die Arbeiter der „Arbeitsgemeinschaften“.

Der Parteitag hat einstimmig beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu den beiden „Arbeitsgemeinschaften“, die von Nothe und Frey begründet und geleitet worden sind, mit der Zugehörigkeit zu unserer Partei unvereinbar sei. Die Arbeiter, die bisher den beiden „Arbeitsgemeinschaften“ angehört haben, müssen sich also entscheiden. Sie haben zu wählen: auf der einen Seite die Frey und Nothe, auf der anderen die ganze große geschlossene Masse der Sozialdemokratie!

Die „Arbeitsgemeinschaften“ waren nur kleine Gruppen. Die Zahl ihrer Anhänger war nie groß. Und sie ist schon vor dem Parteitag zusammengeschrumpft. Es sind also nicht viele Arbeiter, die der Beschluß des Parteitages vor die Entscheidung stellt. Aber uns tut es weh, wenn sich auch nur ein klassenbewußter Arbeiter von dem großen Heere des organisierten Proletariats trennt. Wir halten auch die kleinste Abspaltung für ein Unheil. Denn die Einheit und Einigkeit ist die Quelle aller Macht, die Voraussetzung jedes Sieges der Arbeiterklasse. Darum wollen wir es nicht unterlassen, zu den Genossen, die der Beschluß des Parteitages vor eine für manche vielleicht nicht leichte Wahl stellt, ein paar Worte zu sprechen.

Was hat euch, Genossen, zu der „Arbeitsgemeinschaft“ geführt? Die meisten wohl die Unzufriedenheit mit der Koalition. Nun, die Koalition besteht

S. 2

nicht mehr. Einstimmig hat der Parteitag beschlossen, jede Verhandlung über eine neue Koalition, über die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung abzulehnen. Mit einstimmigem Beschluß hat er festgestellt, daß die Periode der Koalition abgeschlossen ist und die Sozialdemokratie der bürgerlichen Republik fortan als Opposition entgegenzutreten hat. Streiten wir also nicht mehr darüber, ob die Koalition in der Vergangenheit notwendig war! Ueber die Gegenwart sind wir einig. Was kann, was soll euch also bewegen, euch von euren Brüdern, eueren Klassengenossen zu trennen?

Ober sind wir über die Zukunft nicht eines Sinnes? Wir wissen es: manche von euch, Genossen, urteilen über den Bolschewismus, über die Dritte Internationale, über die Fragen der Diktatur anders als die überwiegende Mehrheit von uns. Aber deshalb müht ihr euch nicht von uns trennen. Ihr könnt innerhalb unserer Partei, innerhalb unserer Organisation für eure Ansichten werden und wirken. Ausdrücklich hat der Parteitag das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Partei, auf Opposition innerhalb der Partei festgestellt. Eure persönlichen Ansichten sollen und werden sich auch innerhalb der Sozialdemokratie betätigen können!

Aber freilich, eine Grenze hat der Parteitag aller Freiheit innerhalb der Partei gesetzt: im Kampfe gegen unsere Klassengegner, im Kampfe gegen die anderen Parteien müssen wir eine Einheit bilden, da muß jeder einzelne Disziplin halten. Diese Pflicht haben die Frey und Nothe grob verletzt. Frey hat mit aller Offenheit mitten im Wahlkampf die Arbeiter aufgefodert, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen; Nothe hat dieselbe Aufforderung mit zweideutigen Redewendungen verhüllt. Hand aufs Herz, Genossen! Erkennt ihr nicht selbst, daß solchen Disziplinbruch keine proletarische Partei ertragen kann? Mußte der Parteitag da nicht endlich Ordnung schaffen?

Nothe hat auf seiner Reichskonferenz erklärt, die Arbeitsgemeinschaft sei „innerlich den Zielen nach vollständig mit der kommunistischen Partei verbunden“ und nur „rein formell und äußerlich“ noch der Sozialdemokratie angeschlossen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ soll nicht „heute schon“ zur kommunistischen Partei übergehen, sondern erst dann, „wenn wir zahlreiche Ortsgruppen besitzen werden“. Das also war, nach Nothes eigenen Worten, die Absicht! Unter sozialdemokratischer Maske wollten sie innerhalb unserer Partei eine Sonderorganisation bilden, um sie dann, wie Nothe das auf seiner Reichskonferenz selbst ausgedrückt hat, „der kommunistischen Partei zuzuführen“. Wir sind überzeugt, Genossen, daß die meisten von euch nicht gewillt haben, zu welchen Zwecken ihr mißbraucht werden solltet; nicht geahnt haben, daß die Nothe und Frey euch dazu mißbrauchen wollten, die Spaltung der Partei, die Zerklüftung der Arbeiterorganisationen vorzubereiten. Aber jetzt ist die Intrigue aufgedeckt! Nun könnt ihr nicht mehr zweifeln, was ihr zu tun habt!

Am 2. Juni, auf dem Reichskongress der Arbeiterräte, sprach Dr. Frey über das Verhältnis der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Sozialdemokratie. Er sagte damals:

Uns fettet an unsere Partei Herz, Verstand und Gewissen. Das Herz, weil wir bei allen Gegenäglichkeiten, wenn wir noch so scharf einander in die Haare fahren, wenn wir einander noch so scharfe Worte und noch manches mehr sagen, nie mal s vergeffen, daß der Boden, auf dem wir stehen, durch eine unendliche Arbeit derselben alten Parteigenossen geschaffen wurde, die wir vielleicht heute bekämpfen, deren Leistungen aber, ob es sich um die Gewerkschaften, ob es sich um die obersten Führer oder um die niedersten Vertrauensmänner handle, wir nie vergessen werden bei aller Gegenäglichkeit.

Uns fettet aber an die Partei auch der Verstand. Selbst wenn wir der Ansicht wären, daß die Verhältnisse in unserer Partei unerträglich wären, müßten wir daran, Wahnsinnig sein, in einer Zeit, wo sich ein Ungewitter zusammenbraut, Hand an diese Partei zu legen. Und noch aus einem zweiten Grunde sagt uns der Verstand, daß es ein Wahnsinn wäre. Ja, glauben Sie denn, eine Partei ist nur so aus dem Boden zu stampfen? Welche unendliche Arbeit würde da dem Kampfe selbst entgegen!

Aber auch das Gewissen fettet uns an unsere Partei. Es ist wahr, der innere Konflikt geht an unserem Innern und gereizt oft die Nerven. Es geht wahrscheinlich den Genossen der Rechten ebenso. Solange wir aber die Möglichkeit haben, auf dem Boden unserer Partei für das, was wir gemäß unserem Programm für richtig halten, zu wirken, solange wir die Hoffnung haben, daß wir wirken können, und zwar mit Erfolg — und diese Möglichkeit und Hoffnung haben wir und der Verlauf dieser Tagung zeigt es Ihnen —, solange bleibt uns diese Partei heilig.

So sprach vor einigen Wochen noch Dr. Frey! Der wandelmütige, von breunendem Ehrgeiz verleitete Mann, der schon seit dem März 1919 zwischen unserer und der kommunistischen Partei schwankte, hat jetzt jenes feurige Bekenntnis zur Sozialdemokratie vergessen. Ihr aber, Genossen, seid, das sind wir gewiß, festere Charaktere. Ihr könnt die Waunde des Herzens, des Verstandes und des Gewissens nicht zerreißen, die euch an die Partei fetten, in deren Reihen ihr so viele Jahre gearbeitet, gekämpft und gesiegt habt!

Administration:
Wiener-Neustadt,
Wienerstraße Nr. 12
Telephon 117

Manuskript wird nicht retourniert
Einzel-Nummer 1 Krone

W^urtichheit

Durch Kampf

Sozialdemokratisches Organ

zum Siegl

Der Preis beträgt bei halber Zustel-
lung ins Haus ab 1. April 1920
jährlich 104 Kr., halbjährlich
52 Kr. und vierteljährlich 26 Kr.

Insereate werden
tarifmäßig berechnet
und erhalten die Inseren-
ten bei späterer Einzahl-
ung einen entspre-
chenden Rabatt

Volksparitätenscheckkonto 99.284
Einzel-Nummer 1 Krone

Nummer 87

Wiener-Neustadt, am 19. November 1920

27. Jahrgang

Frej und Nothe gründen eine eigene Partei.

Frej und Nothe fahren mit ihrem Ziele fort, die proletarische Bewegung für ihre persönlichen Zwecke zu mißbrauchen. Der Parteitag hat sich eingehend mit dem Verhalten dieser sogenannten Genossen befaßt und hat sich in einer wahrhaft entgegengesetzten Weise gegen diese Parteizersprenger benommen: Der Parteitag hat nicht den Ausschluß ausgesprochen, sondern allen — wohlgerne auch Frej und Nothe — Zeit zur Einsicht gelassen, damit sie wieder zurückfinden in die Reihen der sozialdemokratischen Kämpfer. Und wie haben die Frej und Nothe dieses Entgegenkommen benutzt? Die Herren haben nichts anderes zu tun gehabt, als den Miß zu vergrößern, sie haben die ihnen ergebenden Mündeln zu einer „Konferenz“ nach Wien zusammengerufen und dort wurde in aller Form der Bruch mit der sozialdemokratischen Partei beschlossen, indem die Frej und Nothe eine eigene Partei gründeten. Friedrich Adler hat in seinem Referat am Parteitag konkrete und positive Anklagen gegen die Arbeitsgemeinschaften erhoben müssen und aus seinem Schlusssatz wie auch aus den Ausführungen des Genossen Dr. Otto Bauer und den Anträgen der Debatteure ist zu erhellen, daß der Parteitag in keiner Weise gegen die Freiheit der Meinungsäußerung, um so entschiedener aber gegen jene auftrat, die die Einheit der Aktion des deutschösterreichischen Proletariats gefährdeten. Und diese Einheit der Aktion soll weiter gefährdet werden, indem man die Arbeiterkraft nunmehr auch in die dritte Sekle zu spalten beginnt. Die Kommunisten, die eine helle Freude an der Zerstörung der Einheitsfront der Arbeiterklasse haben, jubeln. Und mit ihnen jubeln und freuen sich die Gegner der Arbeiter, weil sie durch die Zerspaltung die Schwächung der Arbeiterklasse erhoffen. Bis zum Parteitag war gegen die Freiheit der organisierten Gruppenbildung innerhalb unserer Partei nichts unternommen worden; erst dann mußte eine Grenze gesetzt werden, als es klar geworden war, daß die „Arbeitsgemeinschaften“ die Aufgabe übernommen hatten, innerhalb der sozialdemokratischen Partei für ihre Gruppen zu werben, bis sie stark genug sind, als eine organisierte Gruppe der Partei dieselbe zu sprengen, wie es ihnen zum großen Bedauern in Deutschland gelungen ist. Diesen Beweis hat Friedrich Adler ostentativ am Parteitag geführt und demgegenüber hat Nothe sich durch sein Schweigen als schuldig bekannt, während Frej durch sein postenhafes Auftreten die Anklage zu überrechen suchte. Was die Partei von Frej und Nothe zunächst trennte, ist die verschiedene Auffassung der revolutionären Möglichkeiten und Methoden, ist die Meinung der Kommunisten, es gebe absolut keine andere Methode als die russische. Wir sind uns darüber klar, daß eine Stunde kommen wird, die uns alle zur Barrikade treibt — wir sind uns aber ebenso klar darüber, daß die Maulkatheter, die das Wort „Revolution“ stets im Munde führen, dann nirgends zu finden sein werden. Aber wenn es nur von der Gewalt der Waffen abhängt, wäre es zum Verzweifeln. Wir haben die Zuversicht, daß — nach Karl Marx — neben der Gewalt der Waffen auch die viel stärkere Gewalt der Ideen gilt. Deshalb sind die Reden des Frej und Nothe von der Strohwelt dem kommunistischen Kochbuch entnommen und bilden eine völlig einseitige Lehre. Man übersteht die andere, viel wirksamere Gewalt und unbefruchtete Tatsache ist, daß die Gewalt der Idee in der proletarischen Masse — die Ideen der Sozialdemokratie in den Reihen der Arbeitermassen wirklich siegreich sind.

Frej und Nothe und die Blätter der „Arbeitsgemeinschaften“ haben das Recht der freien Meinung mißbraucht. Sie haben sich nicht daran gehalten, eine Aussprache unter Wahrung der notwendigen Einheit zu pflegen, sie haben planmäßig die Schlagkraft der Partei und damit der Arbeiterklasse Deutschösterreichs zu lähmen versucht und der kommunistischen Partei Zuträuerdienste geleistet. Sie sollten die Keimzellen innerhalb der sozialdemokratischen Partei sein. Nun haben sich Frej und Nothe gegen die Partei gestellt: sie haben eine eigene Partei gegründet — aus der kommunistischen „Noten Fahne“ erklärt das die Parteipflichtigkeit. Damit ist klar aufgezeigt, wie notwendig es war, daß der Parteitag endlich seinen Licht machte, daß Klarheit geschaffen wurde, welche Geschäfte die Frej und Nothe besorgen. Wenn sie sich zur kommunistischen Partei hingezogen fühlen, kein Mensch hat sie daran gehindert, ihre Gesinnung offen zu bekunden. Dazu aber waren sie zu feig. Sie wagten nicht in Konsequenz ihrer Haltung den richtigen Schluß zu ziehen und darum war es gut, daß sie der Parteitag daran gemahnte. Nachdem sie sich offen gegen die Partei stellen, gibt es kein anderes Mittel, als sie glatt hinauszuswerfen aus der Partei, deren Schicksal sie geschändet haben. Daraus werden hoffentlich auch jene Genossen, die heute noch — freilich bereits auf eine ganz kleine Gruppe zusammengeschrumpft — einer der beiden Arbeitsgemeinschaften angehören, nunmehr zu wählen haben, ob sie der sozialdemokratischen Partei angehören wollen oder nicht. Wer nunmehr den Herren Frej und Nothe Gefolgschaft leistet, ihre Treiberrollen in irgendeiner Form unterstützt, wird als Gegner der sozialdemokratischen Partei betrachtet und als solcher behandelt. Die Zeiten sind zu ernst, als daß wir das, was wir unter unglücklichen Umständen aufgebaut haben, uns durch die Treiberrollen eitellüchtiger Wuchergenossen zerstören lassen. Nicht die Meinungsfreiheit soll verhindert werden, aber was verhindert werden soll, ist die Zerspaltung alles dessen, was unter Mühen und Kosten aufgebaut wurde; was verhindert werden soll, ist die Zerspaltung und Zerstörung der Arbeiterklasse Deutschösterreichs. Schon die Parteigründung beweist, um was es den Herren Frej und Nothe zu tun war: sie wollten eine Rolle spielen und, um sie spielen zu können, muß ihnen die Arbeiterkraft die Mittel zum Leben geben. Es kann vorkommen, daß einer mit dem Verlauf der Dinge innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht einverstanden ist, da bleiben ihm noch immer Auswege genug. Er kann sich zur kommunistischen Partei bekennen oder sich sonst einer anderen Partei anschließen.

Wozu also noch eine neue Partei? Dem Mindesten zeigt sich ganz augenfällig, von welchem Charakter die Herren Frej und Nothe sind.

Viel Erfolg wird trotz der Unterstützung durch die kommunistische Partei und der übrigen Gegner dieser neuen Spaltung nicht haben. Die jahrzehntelange Aufklärungskarbeit innerhalb der Arbeiterklasse Deutschösterreichs ist nicht fruchtlos geblieben. Zu spät werden die Herren Frej und Nothe erkennen müssen, daß sie an dem starken Bau nichts auszurichten vermöchten. Das deutschösterreichische Proletariat hat sich geschlossen um die Fahne der Sozialdemokratie geschart. Gerade in dieser ersten Stunde ist es nötig, daß die Arbeiterklasse erkennt, wie notwendig ihre Geschlossenheit ist. Zerspaltung bedeutet Schwächung der Kampfkraft der Arbeiter. Wer diese Schwächung will — das sind die Gegner des Aufstieges der Arbeiterklasse. Wer die Schwächung aber aus den eigenen Reihen will, der ist ein Verräter, und als Verräter gebrandmarkt zu werden verdienen Frej und Nothe, die in Wahrheit die Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, die mit durch ihre Taten und ihre Neugründungen die Hoffnung der Gegner der Arbeiterklasse bilden. Die Gründung einer eigenen Partei durch die Herren Frej und Nothe hat hoffentlich allen die Augen geöffnet, so daß jeder, der es ehrlich mit der Arbeiterkraft meint, nunmehr weiß, wie er sich gegen dieses Verräterpack zu verhalten hat.

Redaktion:
 Administration:
 Wiener-Neustadt,
 Wienstraße Nr. 28
 Telefon 117

Manuskript wird nicht retourniert
 Einzel-Nummer 1 Krone

Wirklichkeit

Durch Kampf Sozialdemokratisches Organ zum Sieg!

Der Preis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus ab 1. April 1920 monatlich 104 Kr., halbjährlich 52 Kr. und vierteljährlich 26 Kr.

Bestellen werden kostenfrei berechnet und erhalten die Abonnenten bei späterer Einschaltung einen entsprechenden Rabatt

Postpostamtsschreibweise 99-284
 Einzel-Nummer 1 Krone

Nummer 88 Wiener-Neustadt, am 23. November 1920 27. Jahrgang

Was schlägt sich, Was verträgt sich.

Der Parteitag hat über Frey sowohl wie über Nothe den Stab gebrochen und die Antwort der beiden einhellig beurtheilt war der gemeinsame Entschluß, eine „neue Partei“ zu bilden, die Bewegung des Proletariats auch fernerhin zur Befriedigung ihrer niedrigen persönlichen Gelüste, ihrer Gier nach einer Führerrolle zu benützen. Es hieße diesen beiden eine ganz unverdiente Ehre anzutun, würde man ihrem Treiben ein anderes Motiv unterschieben als das, etwas sein zu wollen, und wenn sie sich nun mit dem kleinen Häuflein gänzlich verwirrter Menschen zusammensetzen, so geschieht dies aus demselben Antrieb, der diese Schädlinge durch alle ihre bisherigen Handlungen kennzeichnete: ihr eigenes Ich über die Sache zu stellen.

Damals, als Frey die „neue Linke“ spaltete, um in „frankhafter Großmannsucht“ eine neue „neue Linke“ zu gründen, da warf Nothe dem Frey alle jene Wahrheiten an den Kopf, auf die er den gleichen Anspruch hat. Damals standen sich zwei Konkurrenten gegenüber, deren heftige Befehdung mit aller Deutlichkeit die gemeinen Triebfedern ihres Tuns zeigte. Und was damals die Wut und Angst einer bedrohten Führerrolle in die Feder diktierte, was Nothe im „Arbeiterrat“ vom 4. September schrieb, das galt und gilt, wie man heute an der Wiedervereinigung dieser „Parteigründer“ erkennen kann, für beide. Es war eine ganz gewaltige Vielseitigkeit, die Nothe dem Frey vorwarf. Und bei allem Klang deutlich die bohrende Eifersucht durch, die den Unvernünftigen gegenüber der Redegewandtheit des bloß äußerlich Blendenden beherrschte. In jenen Tagen schrieb der „Arbeiterrat“ über Dr. Frey:

Die politische Wetterfahne:

„Der große Kommunismisser hat einmal plötzlich Saunen gehabt, wo er kategorisch forderie, mit ihm zu den Kommunisten überzugehen. Nichts Unehrenhaftes, aber für ihr Inkonsequentes. Er hoffte auf Wahlbeteiligung der Kommunisten, es wären ja auch kommunistische Mandate zu bekommen gewesen. Dann schwand diese Hoffnung wieder. Und jetzt, wo er sich den Reichältern versichert und verpflichtet hat, die Linke zu demolieren, wiederfährt ihm das Bed, daß die Kommunisten wählen wollen. Also gibt es doch kommunistische Kandidaten! Nur noch 24 Stunden zugewartet und die Fahne hätte sich nach dieser Seite gedreht!“

Diese Jagd nach persönlichen Zielen hat Frey zu allen Zeiten ausgeübt und sie hat ihn zur gewissenlosesten Ausnützung der proletarischen Bewegung verhalten. Die Angst, durch andere überflügelt zu werden, fraß an ihm ständig und die Gier nach Macht erfüllte ihn mit seinem politischen Vandalismus, dem gar nichts heilig ist. Sein Ich irrte beständig von einer Seite zur anderen, dieses Ich beauftragte vertraute Genossen, sich „dafür zu bemühen, daß er als Kandidat für die Nationalratswahlen aufgestellt werde“, und er jähreckte bei keiner Gelegenheit davor zurück, in ver-

brecherischer Weise Hand an die mühevollte Aufbauarbeit der Gesamtheit zu legen. Es konnte freilich nur der Griff eines Firsinnigen sein, der da meinte, dem in Sturm und Wetter gereiften Ernst des Proletariats etwas gelten zu können.

Als Dr. Frey daranging, einen Gegenverein der „neuen Linken“ zu schaffen und dem „Arbeiterrat“ ein anderes Blatt gegenüberzustellen, da schrieb die Nothe und Benisch: „Wir warnen die revolutionären Proletarier, dem eiteln, nur an sich denkenden Dr. Frey hineinzufallen. Frey ist verloren, und wenn er noch so viele Steden läßt.“ Und weiters: „Mißtraut Dr. Frey, seinem Organ und seiner neuen Adresse, mit der er euch locken will. Es hat keinen Bestand.“ Aber was Nothe damals sagte, wirkt er heute alles von der Schultafel des Dr. Frey. Vergessen ist, daß Frey „unmittelbar schuld an den Taten und Verwundeten des 15. Juni“ hat, daß allezeit seine „frankhafte Großmannsucht und Manierlosigkeit den Blick auf den kleinen Kreis persönlicher Wünsche verengte“ und daß der „Verräter der revolutionären Arbeiter“ nur immer darauf lauert, „im passenden Augenblick hinterrück einen schweren Stoß zu führen“. Heute reicht Nothe dem Frey die Hand zu einem neuen Bunde gegen die Einheit im proletarischen Kampfe — ein Bund, der im Sumpfe politischer Verkommenheit geschlossen ist und der beweist, daß die beiden Führer der „Arbeitsgemeinschaften“ sich gegenseitig nichts vorzuwerfen haben. Wenn Nothe mit dem von ihm selbst so maßlos verurteilten Desperado Frey nun neuerdings gemeinsame Sache macht, so ist das nur ein Beweis absoluter Gleichartigkeit des Charakters. Was schlägt sich, Was verträgt sich. Mit derlei „Parteigenossen“ aber wird die Arbeiterschaft auf richtige Art zu verfahren wissen.

Der Arbeit eine Wehr!

Bezugspreise:

Für Deutsch-Oesterreich:
 vierteljährlich K 19—
 halbjährlich 32—
 ganzjährlich 64—

Bezugspreise:

**Deutschland, Frankreich, Schweiz
 und Weltpostverein:**
 vierteljährlich K 19—
 halbjährlich 32—
 ganzjährlich 64—

Bei Wochensänderung ist die alte Adressschleife einzulenden.

Volksmacht

Sozialdemokratisches Wochenblatt für das Viertel ober dem Wiener Wald

Saferate werden tarismäßig berechnet

Redaktion und Verwaltung in St. Pölten, Singerstraße 16

Preis der Einzelnnummer Kr. 1.20

Telephon: St. Pölten 241/VI

Offene Reklamationen sind portofrei. Unkrantierte Briefe werden nicht angenommen. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Postparlaffen-Scheckkonto: 178315.

Die Partei und die „Arbeitsgemeinschaften“.

Der einstimmige Beschluß des Parteitages stellt die Anhänger der beiden „Arbeitsgemeinschaften“ vor eine Entscheidung. Es betrifft nicht viele, da diese nie groß gewesenen Gruppen bereits vor den Favouriten-Veräulungen zuwimmengeschrumpft sind und heute nur noch aus einem Erlitterrest bestehen. Aber wenn es sich auch nur um wenige Arbeiter handelt, wir wollen nicht einen einzigen außerhalb jener Reihen sehen, die heute fester denn je geschlossen sind.

Der Parteitag hat beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu den von Frey und Nolke gegründeten Gruppen mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, die die ganze große Masse auf ihrer Seite hat, unvereinbar sei, daß sich also die Arbeiter entweder für die eine oder für die andere Seite zu entscheiden haben. Dadurch werden vielleicht manche vor eine Wahl gestellt, die ihnen schwer fällt, so daß hierüber ein ernstes Wort gebrochen werden soll. Wir halten selbst die kleinste Uneinigkeit für ein Unheil in der proletarischen Bewegung, denn die Einheit allein ist die Quelle unserer Macht. Was hat nun manche Genossen zu den „Arbeitsgemeinschaften“ getrieben? Unzufriedenheit mit der Koalition? Diese besteht heute nicht mehr und dieser Grund fällt demnach weg. Der Sinn oder die Richtlinien für die Zukunft? Wir wissen, daß manche der Genossen in den „Arbeitsgemeinschaften“ anders über den Bolschewismus, über die Dritte Internationale und proletarische Diktatur denken als die Mehrheit des deutschösterreichischen Proletariats. Aber kann man nicht innerhalb unserer Partei unter Wahrung der Einheit bei wichtigen Aktionen für seine Ansicht wirken? Diese eine Grenze hat der Parteitag freilich gesetzt: im Kampfe gegen unsere Massengegner und gegen alle anderen Parteien muß streng die Einheit und die Befolgung der Beschlüsse beachtet werden; es muß Disziplin gehalten werden, weil sie die Voraussetzung unserer Siege ist.

Kraft des Parteitaagsbeschlusses wurden alle Lokalorganisationen berührt, dazur zu sorgen, daß diejenigen, die bei einer der „Arbeitsgemeinschaften“ verbleiben, aus der Partei ausgeschlossen werden, da durch Frey und Nolke selbst hergestellt worden ist, daß es sich bei diesen Gruppen nur darum handelt, unter falscher Flagge im kommunistischen Fahrwasser zu segeln und die Einheit des Proletariats zu zerklüften. Genossen der „Arbeitsgemeinschaften“, prüft und wählt keine andere Partei kann einen Disziplinbruch dulden, und mit argwöhnischer Eifersucht wachen gerade die kommunistischen Parteien darüber, daß ihre Beschlüsse respektiert werden. Um wieviel mehr Ursache hat die deutschösterreichische Sozialdemokratie, die vor hohen Aufgaben der mittel-europäischen Revolution steht.

Die Rote Fahne

Zentralorgan
der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erheint außer Montag täglich 6 Uhr früh.
Einzelpreis 60 Heller.
Im Straßenverkauf 70 Heller.

Redaktion und Expedition:
Wien VII., Bandgasse 28. — Telefon 30.436.
Verwaltung: VIII., Altessestraße 69. — Tel. 11.186.

In Wien monatlich: zum Abholen oder per Post K 15.—.
Außerhalb Wiens: Einzeln 70 h = 40 Pf. — 25 Cent.
Monatlich mit Postverand: K 17.60 — 9 Mk. — 6 Francs.

S. 1

Der Hinauswurf der „Neuen Linken“.

Wer Otto Bauer den Vorwurf machen wird, daß sein „Aktionsprogramm“ an Deutlichkeit viel zu wünschen übrig läßt und gegenüber der Bourgeoisie auf das Leitmotiv gestimmt ist: „Wir was wer'n tau Kläster net brauchen“, der wird Friedrich Adlers Aktionsprogramm gegen die „Linke“ Klarheit und scharfe Präzisierung zubilligen müssen. Hier werden nicht nur platonische Forderungen erhoben, sondern auch für deren Durchführung die umfassendsten Garantien getroffen. Begreiflich, hat doch das weitere „Fortwachsen“ der sozialdemokratischen Partei die völlige Ausschaltung und Mundtotmachung der „Linken“, die sich erfüllt hatten, die idyllische Ruhe der Partei zu stören, zur Voraussetzung.

Die „Linken“ haben der von den Kommunisten schon längst als Illusion erklärten Auffassung gebuhigt, daß es möglich sei, innerhalb der sozialdemokratischen Partei die kommunistischen Gedanken zu vertreten, und haben selbst auf Kosten der Klarheit die Einheit wahren zu müssen geglaubt. Der Parteitag muß auch den optimistischsten „Linken“ gezeigt haben, daß ihnen nur zwei Möglichkeiten offen bleiben: tuischen oder die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Um die „Linke“ stirve zu machen, wendet die sozialdemokratische Partei Zudeubrot und Peitiche an. Da wurde ihnen zuerst ganz offiziell der Stuhl vor die Türe gesetzt, indem beschlossen wurde, wer bis zum 14. d. (Beginn der Arbeiterratswahlen!) nicht aus den beiden „Arbeitsgemeinschaften“ austritt, der müsse aus der Mitgliederliste der sozialdemokratischen Partei gestrichen werden; hierauf wurden die Mitglieder der beiden „Linken“ einer Ziehung unterzogen und in brave, milder brave und ganz verlorene Schicksale geteilt, zum Schluß aber großmütig erklärt, daß prinzipiell die Bildung von „Arbeitsgemeinschaften“ in der sozialdemokratischen Partei erlaubt, freie Meinungsäußerung und Recht auf Opposition gewährleistet sei. Selbstverständliche Voraussetzung sei

S. 2

über unbedingte ... unangefestete ...

So täte es märe, ... die „Linke“ durch dieses plumbe Vordmütel töden lassen würde, so unangenehm ist natürlich das Gzeter und die Entrüstung über die Diktatur in der Sozialdemokratie. Wenn in dieser Partei die Gewinnungschlamperei auch Trumpf ist, so umschlingt doch alle von Renner bis Adler ein strückerliches Band: die Abschaffung der Revolution, sei es auch mit verschiedener Begründung. Es ist daher ganz konsequent gehandelt, wenn die Linken, die sich zum kommunistischen Programm, zur Revolution bekennen, aus der Partei hinausfliegen.

Die „Linken“ sind also ehgütig vor die Frage gestellt: ihre Heberzeugung obauschwären und damit zu farnetten, daß es alles andere mar als gefestigte Überzeugung, die sie die kommunistischen Parolen vertreten ließ, oder als aufrechte Männer dem offenen Bruch mit der sozialdemokratischen Partei zu vollziehen. Diejenigen von der „Linke“, die den sozialdemokratischen Forderungen auf den Leim geben sollten, würden kemeissen, daß sie nur einen — und sei es auch den durchsichtigsten — Vorwand suchen, um unfaßen zu können. Nein, „da hilft kein Mundbissen, da muß schon gepfiffen werden.“

Die Rote Fahne

Zentralorgan
der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint außer Montag täglich 6 Uhr früh.
Einzelpreis 60 Heller.
Zur Straßenverkaufs 70 Heller.

Redaktion und Expedition:
Wien VII, Sandgasse 28. — Telefon 30.438.
Verwaltung: VIII, Alsterstraße 69. — Tel. 11.186.

In Wien monatlich: zum Abholen oder per Post K 15.—.
Außerhalb Wiens: Einzeln 70 h = 40 Pf. = 35 Cent.
Monatlich mit Postzuschlag: K 17.50 — 9 Mk. — 6 Gros.

S. 1

Die Neue Linke gründet eine eigene Partei.

Die sozialdemokratische Partei legt ihre Tätigkeit, die sie auf dem Parteitag begonnen hat, namentlich in der „Arbeiterzeitung“ fort. Sie will mit all ihren demagogischen Mitteln die in den „Arbeitsgemeinschaften“ organisierten revolutionären Arbeiter von ihren Führern trennen und sie bekämpfen, in der Partei zu verbleiben, wo es ihnen auch gestattet werden soll, für ihre Ansichten zu wirken. Die Antwort auf dieses Liebeswerben ist bereits erfolgt. Freitags nachmittags haben sich die Vertrauensmänner beider „Arbeitsgemeinschaften“ zu einem Gespräch und folgende Entschlüsse angenommen:

Der Parteitag hat unumstößlich bewiesen, daß die Rechte und das Zentrum zwar mit Rechten immer wieder erklären, daß sie auf dem Boden des kommunistischen Manifestes stehen, daß sie doch den Kommunismus tatsächlich ablehnen. Jeder Genosse, der innerhalb der Partei für den Kommunismus wirbt, jeder Genosse, der sich mit anderen Genossen innerhalb der Partei zusammenschließt, um ihn Wirten für den Kommunismus erfolgreich zu gestalten, wird zum Ausschlagenden der kommunistischen Partei“ gehandelt und aus der Partei hinausgeworfen.

Die im 25. November eintreffende Reichskonferenz der Linken soll die politische Konsequenz aus dem Parteitag ziehen. Allen die Tatsache, daß die Arbeiterinnen wählen können am 14. November begünstigt, die weitere Tatsache, daß nach dem Sturz der Arbeiterräte nur Angehörige einer sozialistischen Partei zu den Arbeiterräten gewählt werden können, und die Tatsache, daß durch den Beschluß des Parlamentes die Linken von der Kandidatur in den Arbeiterräten ausgeschlossen sind, diese Tatsachen machen es zum zwingenden Gebot, der Entschiedenheit der Reichskonferenz vorzutreten.

Die am 12. November 1920 stattfindende Konferenz der linken Vertretungen soll über die Umgestaltung der Linken in Erwägung ziehen. In Erwägung dieser Tatsachen und in politischer Konsequenz der auf dem Parteitag gefassten Beschlüsse, Beschlüsse, die uns die Aufhebung unserer Beziehungen aufhingen, wollen wir mit heutigem Tage die Gründung einer selbständigen Partei, der

Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke).

Zweck der Partei ist die Sammlung und Organisierung der revolutionären Sozialisten zum Kampf um den Kommunismus.

Die Konferenz beschließt, daß die Vereinigung der beiden Linken bereits in die Wege geleitet wurde. Die verantwortlichen Vertrauensmänner der beiden Linken beschließen, daß die beiden Linken vereint in die Arbeiterräte wählen eintreten. Die formale Abschließung der beiden Linken ist auf der Reichskonferenz am 25. November durchzuführen, die gegen Sonntag und an einem Platz zu verzeichnen.

S. 2

Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß es in nicht allzulanger Zeit gelingen wird, alle wirklich revolutionären Proletarier Deutschösterreichs in einer einzigen revolutionären Partei zu sammeln. Sie sammeln auf dem Boden des Kommunismus.

Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß die Linke mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit und den Mangel auch nur der geringsten Vorbereitungen bei diesen Wahlen, die schon übermorgen beginnen, nur eine sehr schwache Vertretung wird durchsetzen können. Wir fordern alle linken Arbeiterräte auf, in ihren Bezirken Linke Kandidaten, das heißt solche Kandidaten, die sich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs bekennen, aufzustellen, ihre Wahl durchzusetzen und bei jeder Gelegenheit für den Beitritt zur Linken zu werben.

Es lebe der Kommunismus, es lebe die Dritte Internationale, es lebe die Weltrevolution!

So sehen wir, daß sich diese entschlossenen Arbeiter durch keinerlei Versprechungen verlocken und keinerlei Drohungen fürre machen lassen. Die Haltung der Linken ist insofern konsequent, als sie durch die Gründung der neuen Partei den endgültigen und offenen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzieht. Doch werden sie den Grundfragen, die sie vertreten, erst dann vollkommene Lösung leisten, wenn sie, zielbewußt weiterstreitend, den Anschluß an die kommunistische Partei vollzogen haben werden.

Die Rote Fahne

Zentralorgan
der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Ercheint außer Montag täglich 6 Uhr früh.
Einzelpreis 60 Heller.
Im Straßenerlauf 70 Heller.

Redaktion und Expedition:
Wien VII., Bandgasse 28. — Telefon 30.436.
Verwaltung: VIII., Alserstraße 69. — Tel. 11.186.

In Wien monatlich: zum Abholen oder per Post K 15.—.
Außerhalb Wiens: Einzeln 70 h = 40 Pf. — 36 Cent.
Monatlich mit Postvermerk: K 17.50 — 9 Mk. — 6 Frz.

Die Rote Fahne, 17.11.1920, S.3

Das Ende einer Illusion.

Wir haben in unserer Auseinandersetzung mit der neuen Linken immer wieder hervorgehoben, daß die Auffassung, der Kampf gegen den Reformismus lasse sich am besten innerhalb der sozialdemokratischen Partei führen, durchaus utopisch ist. Wir hatten aber mit unseren Darlegungen keinen Erfolg. Was aber uns nicht gelungen ist, das hat der sozialdemokratische Parteitag fertig gebracht. Er hat der Linken den Star gestrichen. Ihre beiden Blätter, der „Arbeiterrat“ und „Der revolutionäre Sozialdemokrat“ bringen in ihren (auch sonst gleichlautenden) jüngsten Nummern einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Heute nach dem Parteitag erkennen wir klar, daß unser Versuch sich in der Tat als Illusion erwiesen hat. Mit aller Entschiedenheit lehnen die Reichsleiter den Kommunismus ab. Unser nächstes Ziel muß daher sein, die Vereinigung sämtlicher wirklich revolutionären Kräfte in einer einzigen Proletarierpartei. Der Weg dazu führt über die Vereinigung der beiden Linken, die sich in kürzester Zeit vollziehen wird.“

Die Vereinigung der beiden Fraktionen soll sich am 28. November auf einer Reichskonferenz der Linken vollziehen. Dort wird wohl auch schon klar ausgesprochen werden, daß die Vereinigung aller revolutionären proletarischen Kräfte die Vereinigung mit der kommunistischen Partei bedeutet.